

Antrag A 9

Antragssteller*innen: LAG Shalom

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Debatten statt Definitionen - für einen aufgeklärten Umgang mit 2 Antisemitismus!

3 Die Linke hat in ihrer Parteigeschichte nie per Beschluss gesellschaftliche
4 Diskriminierungsformen für sich selbst definiert, sondern den Diskurs von
5 Wissenschaft und Betroffenen stets solidarisch begleitet und sich daran orientiert.
6 Ein Vorgehen, das der Vernunft folgt. Mit der Festlegung des Chemnitzer
7 Bundesparteitags am 10. Mai 2025 auf die "Jerusalem Declaration on Antisemitism"
8 (JDA) als Grundlage der Definition von Antisemitismus wurde mit dieser Vernunft
9 gebrochen. Der Landesverband Berlin der Partei Die Linke hält diese Festlegung für
10 einen Fehler und bittet den Parteivorstand, einen kommenden Bundesparteitag
11 erneut mit dieser Frage zu befassen.

12 Wir lehnen es grundsätzlich ab, als Partei eine Definition von Antisemitismus
13 festzulegen. Die Partei darf diesem Diskurs weder per Beschluss vorgreifen, noch
14 sich über die wissenschaftliche Auseinandersetzung stellen. Gleichzeitig stellen wir
15 uns gegen jede missbräuchliche Anwendung jedweder Definitionen. Dies gilt sowohl
16 für die von der Pluralität der Staaten und Regierungen, jüdischer
17 Selbstorganisationen sowie wissenschaftlicher Fachkreise und
18 Bildungseinrichtungen weltweit anerkannte und angewandte Arbeitsdefinition der
19 "International Holocaust Remembrance Alliance" (IHRA) als auch insbesondere für
20 die israelbezogenen Antisemitismus weitgehend ausblendende Jerusalem
21 Declaration on Antisemitism (JDA). Gerade vor dem Hintergrund der Eskalation des
22 Konfliktes im Nahen und Mittleren Osten ist derweil Kritik am Agieren der
23 israelischen Regierung, die mit Kritik an anderen Ländern vergleichbar ist,
24 selbstverständlich legitim und nicht antisemitisch.

25 Wir fordern den Landesvorstand Berlin auf, den Bundesvorstand aufzufordern, auf
26 Grundlage dieses Berliner Beschlusses auf die jüdische Gemeinschaft, Verbände
27 und Vereine zuzugehen, um verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen.

28 Wir fordern den Landesvorstand Berlin auf, den Bundesvorstand aufzufordern,
29 Fachgespräche zu initiieren, die einen offenen Austausch mit Vertreter*innen
30 jüdischer Gemeinden, zivilgesellschaftlicher Initiativen, Wissenschaft und hierbei
31 insbesondere auch Kritiker*innen des Chemnitzer Parteitagsbeschlusses
32 ermöglichen. Ziel ist ein reflektierter Umgang mit Antisemitismus in seiner ganzen
33 Komplexität unter Beachtung und Beteiligung der Betroffenenperspektive.

34 Begründung:

35 Seit dem 7. Oktober 2023 und dem sich anschließenden Krieg in Gaza ist weltweit
36 eine Eskalation antisemitischer Übergriffe zu beobachten, die sich auch hier in Berlin
37 manifestiert - sei es in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder gar unmittelbarer
38 körperlicher Gewalt. Viele Jüdinnen*Juden in unserer Stadt fühlen sich unsicher und
39 trauen sich nicht mehr, im öffentlichen Raum als Jüdinnen*Juden wahrnehmbar zu
40 sein. Manche ziehen sich ganz ins Private zurück, denken über Auswanderung nach
41 oder haben diesem Land bereits den Rücken gekehrt.

42 Für eine aufgeklärte Linke muss es selbstverständlich sein, vorbehaltlos an der Seite
43 von Jüdinnen*Juden zu stehen, die seit dem 7. Oktober 2023 noch stärker als zuvor

von Ressentiments und Feindseligkeiten betroffen sind - auch und gerade in Berlin. Der Beschluss "Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus" des Bundesparteitags am 18. Oktober 2024 in Halle hält hierzu eindeutig fest:

"Niemals werden wir als Linke die Rolle des Antisemitismus ignorieren, der den mörderischen Terror von Hamas oder Hisbollah antreibt. Wer in Nahost oder hierzulande antisemitische Ressentiments befeuert, wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, wer gegen jüdische Menschen hetzt oder den Terror der Hamas relativiert, kann für uns ebenso wenig Bündnispartner*in sein wie diejenigen, die rassistische, anti-muslimische oder anti- palästinensische Angriffe und Propaganda gutheißen oder betreiben. Für Antisemitismus und Rassismus ist kein Platz in der Linken."

Am 10. Mai 2025 verabschiedete der Bundesparteitag in Chemnitz den Beschluss "Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalemer Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen!". Dazu stellen wir fest, dass es auch ohne diesen Beschluss auf dem Bundesparteitag in Chemnitz möglich war und ist, die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza zu kritisieren. Denn den Kampf gegen jeden Antisemitismus durch die klare Benennung des Existenzrecht Israels mit der Aufmerksamkeit für das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung zu verbinden, ist kein Widerspruch.

Die Linke setzt sich mit dem Beschluss zur "Jerusalemer Erklärung" dem Vorwurf aus, jüdische Perspektiven und die Bedrohungssituation für Juden*Jüdinnen in Deutschland nicht ernst zu nehmen. Zumal die Abstimmung des Beschlusses ohne eine vorherige Konsultation von Interessenvertreter*innen der jüdischen Gemeinde stattfand. Das hat nicht nur zu einem Vertrauensverlust bei Juden*Jüdinnen und Parteimitgliedern geführt, sondern widerspricht auch unserer erklärten Verantwortung aus der Geschichte. Die "Jerusalemer Erklärung" gilt innerhalb der jüdischen Communities in Deutschland bekanntermaßen als umstritten, weil sie im Ruf steht, zu viel Raum für als politische Kritik getarnten Antisemitismus zuzulassen. Es ist nun Aufgabe der Partei, sich der Kritik zu stellen. Sinnvolle Ansprechpartner*innen sind die in Deutschland demokratisch gewählten Repräsentant*innen der jüdischen Gemeinde. So z. B. der "Zentralrat der Juden" oder die "Jüdische Studierendenunion" (JSUD), die - soweit bekannt - beide bislang vom Bundesvorstand auch nicht nachholend konsultiert wurden [Stand: 17.03.2026]. Wir fordern den Bundesvorstand und die Gesamtpartei auf, einen selbstkritischen Kurswechsel einzuleiten und nicht bloß ausgewählte jüdische Stimmen ernst zu nehmen - etwa diejenigen, die die JDA befürworten - sondern repräsentative Stimmen zu hören. Es gilt Vertrauen wiederherzustellen und der antifaschistischen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Linke braucht zudem keine Definition, um Antisemitismus zu benennen – sie braucht Haltung. Diese Haltung wurde im Halleschen Beschluss 2024 klar formuliert: „Als Linke stehen wir gemeinsam und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus – unabhängig davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung er ausgeht. Wir stehen für eine Politik, die jüdische Menschen konsequent schützt.“

Daran wollen wir festhalten.

Ob Definitionen richtig oder falsch sind, sollte nicht der Gegenstand von Abstimmungen sein. Sinnvoller wäre eine wissenschaftliche Diskussion und Auseinandersetzung mit der Kritik an der staatlichen Anwendung der IHRA, sowie

- 94 den Leerstellen der JDA. Dasselbe gilt für den Umgang mit möglicherweise neu
95 aufkommenden Definitionen zu Antisemitismus und deren Schwachstellen.
96 Die Festlegung auf eine Antisemitismus-Definition steht einer lebendigen
97 Auseinandersetzung, wechselseitiger Lernbereitschaft und auch einem produktiven
98 Streit im Weg.